Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Zahlen-Comp., Nr. 1988

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Volk der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 173 | Dresden, Dienstag den 28. Juli 1925 | 36. Jahrg.

Großer Erfolg des Linkskartells

Paris, 27. Juli. Nach dem Ergebnis der gestrigen Stichwahlen für die Generalräte verteilen sich die 198 Mandate wie folgt: Konservative 5, Republikaner oder Demokratisch-Republikanische Vereinigung 23, Linksrepublikaner 18, Radikale (Herriot) 85, Sozialistische Republikaner 10, Sozialisten 52, Kommunisten 4. Es fehlt noch ein Ergebnis aus Korsika.

Unter Hinzuziehung des Wahlergebnisses des ersten Wahlgangs stellt sich das Resultat für 1495 Sitze wie folgt: Konservative 129 (plus 14, minus 27)), Rechtsrepublikaner (Millerand) 263 (plus 33, minus 97), Linksrepublikaner (Poincaré) 239 (plus 32, minus 80), Rechtsstehende Radikale (Loucheur) 147 (plus 42, minus 36), Radikale (Herriot) 513 (plus 114, minus 42), Sozialistische Republikaner (Painlevé) 63 (plus 18, minus 15)), Sozialisten 144 (plus 61 , minus 9), Kommunisten 6 (plus 3, minus 13).

•

Demnach haben alle Rechtsparteien verloren, alle Linksparteien gewonnen. Immer wieder die gleiche Erscheinung in Frankreich. Leider pendelt die Regierung Painlevé-Caillaux gerade umgekehrt immer weiter nach rechts. Die Sozialisten gewannen 52 Mandate, vergrößerten ihre Zahl um mehr als ein Drittel. Ein schöner Erfolg!

•

Eine amtliche Wahlstatistik

Paris, 27. Juli. Das Innenministerium veröffentlicht über das Ergebnis der Generalratswahlen eine amtliche Statistik, die von andern Gesichtspunkten aufgemacht ist und nach der sich die 1495 gewählten Generalräte auf die einzelnen Parteien wie folgt verteilen:

Konservative Liberale 131 (Verlust 26), Rep.-Dem. Vereinigung 216 (Verlust 36), Linksrepublikaner 236 (Verlust 81), Rechtsstehende Radikale 98 (Gewinn 37), Radikale (Herriot) 601 (Gewinn 72), Radikale Republikaner (Painlevé) 72 (Gewinn 26), Sozialisten 135 (Gewinn 50), Kommunisten 6 (Verlust 11).

Auch diese Zahlen bestätigen sinnfällig den großen Ruck nach links.

•

Nationalkongreß der Partei

Parteisekretär Genosse Paul Faure schreibt uns aus Paris:

Am 15. August werden die französischen Sozialisten ihren Nationalkongreß in Paris abhalten. Diese Versammlung wird wichtig sein, nicht nur weil die auf der Tagesordnung des Internationalen Kongresses von Marseille befindlichen Fragen zur Verhandlung stehen, sondern auch weil allgemein politische Probleme ausgiebig werden besprochen werden.

Vor einigen Wochen hat man eine ernste Krisis in dieser Beziehung befürchten können. Es bestand eine lebhafte Meinungsverschiedenheit zwischen der zentralen Parteileitung und der Kammerfraktion. Der Kongreß war sogar plötzlich auf den 12. Juli festgesetzt worden. Doch die Parteileitung war schließlich wieder davon abgekommen und hatte das ursprüngliche Datum, 15. August, beibehalten, dem Drängen einiger Ortsgruppen nachgebend, die darauf hinwiesen, daß die Departements- und Kantonalwahlen am 19. und am 26. Juli stattfänden und daß deshalb eine Parteitagung am 12. Juli höchst ungelegen käme. Zudem hatten die letzten Abstimmungen der Kammerfraktion die Lage günstiger gestaltet und die Proteststimmung hatte sich etwas gelegt.

Die Uneinigkeit kam in der Tat daher, daß die Mehrheit der Abgeordneten nicht recht geneigt schien, mit dem Kabinett Painlevé zu brechen, während die große Mehrheit des Parteiausschusses genau gegenteiliger Meinung war. Es stand fest, daß die meisten Parteimitglieder mit dem Parteiausschuß einverstanden waren. Möglich, daß diese letztgenannte Tatsache bei der Umschwenkung der Abgeordneten mitgespielt hat, soweit sie die Regierung noch zu unterstützen geneigt waren. Jedenfalls fand in den allerletzten Kammersitzungen die Fraktion die verlorene Einigkeit wieder, und zwar in der Opposition sowohl in der Marokkofrage als auch in der Stellung zu den Finanzprojekten Caillaux'! Das beruhigte die Gemüter. Vermutlich wird sich der Kongreß am 15. August in einer ganz andern Atmosphäre abwickeln, als wenn er am 12. Juli schon inmitten der allgemeinen Aufregung stattgefunden hätte.

Doch die Diskussionen werden deshalb nicht weniger angeregt sein. Die Frage der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung wird gestellt werden. Auf diesem Felde werden zwei verschiedene, wenn nicht entgegengesetzte Auffassungen einander gegenübertreten. Die Anhänger der Mitarbeit an der Regierung halten den Augenblick für günstig, um ihrer Auffassung zum Siege zu verhelfen. Die Gegner sind der Ansicht, daß die Mehrheit der Partei auf ihrer Seite steht, da dieselbe über die Unterstützungspolitik enttäuscht ist.

Es ist zu wünschen, daß die Debatten in würdiger und herzlicher Weise geführt werden. Mögen der französischen Partei vor allem die grausamen Stunden haßerfüllter Polemik und neuer Spaltungen erspart bleiben.

In diesem Augenblick segelt unsre Partei unter günstigem Winde dahin. Unaufhörliche Wahlsiege, stetes Anwachsen der Mitgliederzahl beweisen es. Es wäre töricht und verbrecherisch, diese große Kraft, die für die Demokratie und den Frieden arbeitet, zu zerstören oder auch nur zu schwächen.

•

Verurteilung französischer Kommunisten

Paris, 27. Juli. Das Strafgericht zweiter Instanz hat heute das Urteil erster Instanz gegen die kommunistischen Abgeordneten Vaillant-Couturier und Marcel Cachin wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam, das auf sechs Monate Gefängnis und 1000 Frank Geldstrafe lautete, bestätigt. — Die Polizei hat in den Geschäftsräumen des von der Kommunistischen Partei vor einigen Wochen eingesetzten Aktionsausschusses zur Bekämpfung des Krieges in Marokko eine Haussuchung abgehalten, in deren Verlauf Schriftstücke beschlagnahmt wurden. Wie die Liberté mitteilt, plant der Aktionsausschuß eine große Kundgebung für den 2. August und einen 24stündigen Streik am 3. August zum Protest gegen den Krieg in Marokko.

Der politische Mord

sch. Die faschistische Mordseuche, wie sie jüngst wieder im Schweriner Fememordprozeß zutage trat, wurde in den letzten Wochen des Reichstags von sozialdemokratischen Rednern mehrfach gekennzeichnet, wobei die deutsche Rechtspflege keine angenehme Rolle spielte. Und jedesmal ertönte prompt von den Bänken der Rechten der Zwischenruf: Friedrich Adler. So auch am Sonnabend, als Genosse Saenger den Zusammenhang zwischen unserm Offiziertum und den nationalistischen Exzessen und Bluttaten einer scharfen Kritik unterzog. Die welthistorische Tat eines Friedrich Adler immer wieder neben die bezahlte Mörderei irgendwelcher Rossbach-Banditen zu setzen, ist derart dumm und oberflächlich, daß es notwendig ist, einmal den moralischen, politischen und historischen Hintergrund des politischen Mordes aufzurollen.

•

Von jeher ist die Kaindtat unter Menschen hart beurteilt, hart verfolgt, hart bestraft worden. Brüderliches Leben — und der Mensch der Gemeinschaft gilt einem innersten Empfinden als des Menschen Bruder! — vernichten galt innerhalb der Gemeinschaft als schwerstes Verbrechen gemäß einer Einschätzung der Güter, welche im Leben ein höchstes, weil unwiederbringliches Gut annahm. Unbedeutend sind die Ausnahmen, daß Mord mit Geldstrafe gesühnt werden konnte.

Im Laufe der Jahrhunderte hat sich diese Auffassung erweicht. Wir pflegen ethische Urteile weniger an Taten als an Gesinnungen anzuknüpfen, fragen weniger dringlich nach dem „Mittel" einer Handlung, und sei es die vorsätzliche Tötung, als nach dem Ziel. Auch ist die Schätzung des Gutes Leben zurückgegangen; zum Teil, weil immer wieder einzelne mit Wahrheit bekennen, daß sie ihr Leben nicht über alles bewerten, wie denn etwa Walter Rathenau mit wundersamer Gewißheit das gewaltsame Ende seines Lebens voraussah und doch wagte, so daß die Mordbuben ihn nicht überrascht und seine Lebensanschauung nicht um einen Deut im letzten Augenblick verrückt haben; teils, weil zu gewissen Zeiten — Zeiten der Katastrophen, der Kriege usw. — das menschliche Leben überaus billig abgegeben wird und dadurch an instinktiver Schätzung verliert. — Das haben wir erlebt. So sind wir nicht mehr recht imstande, in die primitive Beurteilung: Mord ist gemeines, schlechthin todeswürdiges Verbrechen! einzustimmen, anderseits aber fehlt es uns an einem Maßstab dafür, der den alten, einfachen gerecht ersetzen würde, und allmählich sind wir zu einer weit mehr politischen als sachlich-ethischen Urteilsweise über Mord gelangt.

•

Diese Fragwürdigkeit des Mordes, dieser innere Konflikt ist in der Sphäre höherer Kultur alt. Vom Altertum an ist je zuweilen der eine oder andere Mord nicht verurteilt, sondern sogar gefeiert worden. Die Tyrannenmörder Harmodios und Aristogeiton bekamen öffentliche Denkmäler und wurden als Retter des Volkes gepriesen. Brutus, der Mörder Cäsars, wird von der Glorie des „letzten freien Römers" umstrahlt, zumal er in der großen Niederlage seines Heeres den Sühnetod fand. Der Mordversuch des jungen Staps an Napoleon wurde in Deutschland still bejubelt, die Morde an den russischen Kaisern wurden im 19. Jahrhundert vielfach empfunden als nicht völlig ungerechtfertigt.

Es hat Zeiten gegeben, da der Mord zu einem so gewöhnlichen Mittel der Politik wurde wie etwa die Volksrede. Von der Renaissancezeit bezeugen alle erhaltenen Tagebücher und Briefe, daß das Leben damals ganz niedrig im Kurse stand und daß viele sich durchaus an diese besondere Gefahr gewöhnt hatten. In Rußland sind seit 1820 etwa alljährlich Dutzende von Morden verübt worden, ohne daß die Verurteilung dieses „Terrors" ganz allgemein gewesen wäre.

Wenn nun eine bubenhafte und geistig verkommene Elendssippe, die den Namen der Nation täglich schändet, heute dem deutschen Land eine Epoche bereitet hat, die an Mordziffer der Renaissance und der Zarenzeit Rußlands nahekommt, so erklärt sich zwar schon aus dieser nichtswürdigen Vergiftung der Lebensluft die weitverbreitete Entrüstung über die Mord-Nationaille. Jedoch, auch die häufigste Häufigkeit der Fälle kann uns nicht der Pflicht entheben, die Umstände und Verhältnisse zu prüfen und uns Rechenschaft zu geben, warum wir etwa den Mörder des Grafen Stürgkh, Friedrich Adler, klaglos unter uns dulden, hingegen über die Mörder Rathenaus oder Erzbergers mit voller Schärfe aburteilen.

•

Zuweilen wird gesagt: Jener hat sich mutig zu seiner Tat gestellt — diese aber sind feige ausgerissen, das macht den entscheidenden Unterschied. Mut und Feigheit . . . Ich glaube jedoch nicht, daß Mut und Feigheit bedeutsame sittliche Eigenschaften sind; sie sind viel mehr ästhetische, künstlerische Begleitzüge des Handelns; sie eignen sich gar nicht zur Grundlage für sachlich-ethische Beurteilung, zumal sie in einer und derselben Person in jeweils verschiedener Richtung gleichzeitig vorkommen können, sehr schwer herauszufinden sind u. a. m.

Wohl aber kommt es Friedrich Adler zugute, daß er seine Tat als das für ihn unentrinnbare Ergebnis monatelanger Ueberlegung (und jahrzehntlanger Erfahrung in Oesterreich) glaubhaft zu machen wußte. Man kann sich keinen anständigen Gegner Adlers denken, dem seine Verteidigungsrede nicht wenigstens insofern imponiert hätte, als sie die höchste Gewissenhaftigkeit bewies. Die meisten Sozialdemokraten übrigens halten die Tat für verfehlt und nutzlos; aber Adlers Gedankengänge waren doch beachtlich, seine Selbstprüfung eindringlich, sein Vorgehen wohlüberlegt. Man erkannte in ihm einen verantwortungsbewußten, reifen Mann, der sich schweren Herzens zu der furchtbaren Tat durchrang und gewissermaßen das „Opfer" auf sich nahm, künftig ein Mörder zu sein. Noch mehr: glaubhaft wirkte seine Angabe, daß er das Heil seines Landes für abhängig hielt von einer symbolhaften, befreienden Tat, wie er sie getan hatte, und daß ihm zu jener Zeit alle Rechtsgarantien in Oesterreich mißhandelt und mit Füßen getreten erschienen.

Welch anderes Bild bieten da die knabenhaften Lohnbanditen, die neuerdings Deutschland unsicher machten. Wo ist der Schatten eines einleuchtenden Gedankengangs, daß der Tod Eisners etwa von erheblicher Tragweite, auch nur ganz objektiv: von irgendeiner besonderen Tragweite hätte werden können. Adler

Erst das Geschäft . . .

Vertagung des Reichstages?

D. Berlin, 28. Juli. (Eig. Funkspruch.) Die Meldung von der geplanten Vertagung des Reichstags noch vor der Verabschiedung der Zollvorlage hat in den Kreisen der Zollwucherer lebhafte Unruhe verursacht. Die Rechtspresse ist ganz aus dem Häuschen und kann nicht verstehen, wie man die großen Opfer, die die Rechtsparteien mit der Zustimmung zu den Garantiepaktverhandlungen gebracht hätten, mit solchem Undank beantworten könne. Die Deutsche Tageszeitung bezeichnet die Meldung als einen „Versuchsballon der Linken zur Sabotierung der Zollvorlage" und hält es für ausgeschlossen, daß die Regierungsparteien sich zu einem solchen Beschluß bereitfinden könnten, der „bei der Landwirtschaft auf allerschärfsten Widerstand stoßen würde". Das können wir uns sehr lebhaft vorstellen. Man verzichtet doch, wenn man Elsaß-Lothringen und andre nationalen Belange freiwillig preisgegeben hat, auch noch auf den Kaufpreis von 3,50 M. Getreidezoll! Erst das Geschäft fertig machen, dann das Vergnügen!

•

Zur Frage der Vertagung bringen bürgerliche Blätter folgende Information: „Die Regierungsparteien sehen keine technische Möglichkeit, ein beschlußfähiges Haus zusammenzuhalten, besonders angesichts der Ernte. Unter diesen Umständen ist es ausgeschlossen möglich, daß am 1. August vertagt wird, allerdings unter der Voraussetzung, daß bis dahin Steuern, Amnestie und Etat erledigt sind und die Zollvorlage zurückgestellt wird.

Wann eine neue Tagung einberufen werden kann, steht noch dahin. Ob der 10. September in Frage kommt, wird bezweifelt. Ferner muß berücksichtigt werden, daß am 13. September der sozialdemokratische Parteitag beginnt und am 17. September etwa 40 prominente Reichstagsabgeordnete nach Amerika fahren, wo am 1. Oktober die Interparlamentarische Union beginnt. Es kann daher noch nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden, zu welchen Beschlüssen der Aeltestenrat kommen wird. Eine Vertagung der Zollvorlage bis Anfang November ist aber naturgemäß auch nicht sehr wahrscheinlich."

Ersaufen lassen

Katastrophale Zechenstillegungen

R. Essen, 28. Juli. (Eig. Funkspruch.) Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. wird ihre Zeche Wiendahlsbank am Dienstag stillegen. Die Schachtanlage will man ersaufen lassen, ebenso wie die Zechen Kaiser Friedrich, Glück und Glückauf Tiefbau, weil nach Aussagen der Verwaltung die Aufrechterhaltung der Entwässerung größere Kosten verursachen würde, als eine eventuelle spätere Entsumpfung. Von den Zechen der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. sollen weiterhin Zollern II und Bonifatio III stillgelegt werden, während auf der Zeche Erin eine starke Einschränkung der Förderung erfolgen soll.

W. Dortmund, 28. Juli. (Eig. Funkspruch.) **Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. beabsichtigt, am 1. September die Zeche Kaiser Friedrich und vom 1. Oktober an die Zeche Glückauf Tiefbau in Barop mit Ausnahme der Kokereien stillzulegen. Die Zeche Tremonia in Dortmund, deren Kokerei bereits außer Betrieb ist, kündigt am 1. August 400 Mann und am 5. August weiteren 300 Mann. Auch die Zeche Adolf von Hansemann soll die Förderung auf eine Schicht beschränken, wodurch 1000 Mann zur Entlassung kommen. Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. hätte damit alle in Dortmund gelegenen Schächte stillgelegt oder stark eingeschränkt. — Das Baroper Walzwerk wird stillgelegt, so daß 500 Arbeiter arbeitslos werden.**

M. Bochum, 28. Juli. (Eig. Funkspruch.) **Der Gemeinde Stiepel steht ein schwerer Schlag bevor. Die neue Zeche Vereinigte Gibraltar-Erb-Stollen soll am 15. August stillgelegt werden. In dem Betrieb wurden trotz wiederholtem Abbau noch über 350 Mann beschäftigt.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250728/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG